

Leitfaden Miniwettbewerb

vom 10. Dezember 2020

Anlage 1

– ANGEBOTSFORMULAR –

Teil A: Allgemeine Angaben

Hiermit gebe/n ich/wir ein Angebot zum Abschluss eines Beratungsvertrags auf Grundlage des konkretisierten Beschaffungsbedarfs für **Los 2** ab.

Hinweis an die Kommune: Das entsprechende Los ist durch die Kommune vorab einzutragen.

Hinweis: Nebenangebote sind nicht zugelassen.

Angaben zum Bieter

[Zutreffendes bitte ankreuzen]

Teilnahme am Vergabeverfahren

*Hinweis: Bitte tragen Sie den Namen des Unternehmens oder der Bietergemeinschaft ein **gemäß der Rahmenvereinbarung vom 1. Dezember 2020**. Berechtigt zur Abgabe eines Angebots sind nur die an der Rahmenvereinbarung beteiligten Unternehmen bzw. Bietergemeinschaften.*

- Einzelbieter:
- Bietergemeinschaft:

[Zutreffendes bitte ankreuzen]



Unterauftragnehmer

[Zutreffendes bitte ankreuzen und ggf. Tabelle ausfüllen]

Ich/wir beabsichtige/n,

- sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen selbst zu erbringen.
- die unten aufgeführten Leistungen durch die Einbindung eines Unterauftragnehmers zu erbringen.

Wir verpflichten uns, dass wir spätestens zwei Wochen vor Erbringung des Einzelauftrags die ggf. vorgesehenen Unternehmen und ihren konkreten Einsatz unaufgefordert dem Auftraggeber benennen.

Die Leistungen, die durch Unterauftragnehmer (auch „Nachunternehmer“ genannt) erbracht werden sollen, und – soweit bereits bekannt – die Namen der Unterauftragnehmer sind in die Tabelle „Verzeichnis der Unterauftragnehmer“ einzutragen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Vorlage der vom Bieter in der Ausschreibung um die Rahmenvereinbarung geforderten Eignungsnachweise auch für Unterauftragnehmer sowie die Vorlage von Nachweisen zu fordern, aus denen hervorgeht, dass dem Auftraggeber die erforderlichen Mittel der Unterauftragnehmer bei der Erfüllung des Auftrags zur Verfügung stehen (Verpflichtungserklärung).

Verzeichnis der Unterauftragnehmer

Vorgesehene Tätigkeit	Name / Anschrift (falls bereits bekannt)

Hinweis: Weitere Unterauftragnehmer sind ggf. auf gesondertem Blatt aufzuführen. Dabei ist dieses Blatt als Kopiervorlage zu verwenden.

Teil B: Eignungsnachweise

Hinweis:

Im Falle einer Teilnahme als Biergemeinschaften ist dieses Formblatt, Teil B, von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen (siehe a), b), c)), es sei denn, es wird für die einzelnen Nachweise nachfolgend explizit ein anderslautender Hinweis gegeben.

Der Bieter / die Bietergemeinschaft ist verpflichtet, bereits eingetretene oder künftig eintretende Änderungen betreffend die Eignung des vertretenen Unternehmens / der vertretenen Unternehmen der Vergabestelle unaufgefordert und unverzüglich mitzuteilen.

Bitte ausfüllen:

a) Unternehmen 1

Name des Unternehmens, auf das sich die Angaben in dieser Ausfertigung des Formblatts des Angebotsformulars beziehen.

b) Unternehmen 2

Name des Unternehmens, auf das sich die Angaben in dieser Ausfertigung des Formblatts des Angebotsformulars beziehen.

c) Unternehmen 3

Name des Unternehmens, auf das sich die Angaben in dieser Ausfertigung des Formblatts des Angebotsformulars beziehen.

Eigenerklärung zum Fortbestehen der Eignung

Hinweis: Falls eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

a) Unternehmen 1

Ich erkläre/wir erklären, dass sich seit dem Abschluss der Rahmenvereinbarung am 1. Dezember 2020 keine Veränderungen hinsichtlich der im Angebotsformular zur Rahmenvereinbarung geforderten Eignungsnachweise ergeben haben, die unsere Eignung für das konkret angebotene Los in Frage stellen. Insbesondere erkläre ich / erklären wir, dass keine Ausschlussgründe gemäß der §§ 123, 124 GWB vorliegen.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[nur bei Bedarf auszufüllen]

b) Unternehmen 2

Ich erkläre/wir erklären, dass sich seit dem Abschluss der Rahmenvereinbarung am 1. Dezember 2020 keine Veränderungen hinsichtlich der im Angebotsformular zur Rahmenvereinbarung geforderten Eignungsnachweise ergeben haben, die unsere Eignung für das konkret angebotene Los in Frage stellen. Insbesondere erkläre ich / erklären wir, dass keine Ausschlussgründe gemäß der §§ 123, 124 GWB vorliegen.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[nur bei Bedarf auszufüllen]

c) Unternehmen 3

Ich erkläre/wir erklären, dass sich seit dem Abschluss der Rahmenvereinbarung am 1. Dezember 2020 keine Veränderungen hinsichtlich der im Angebotsformular zur Rahmenvereinbarung geforderten Eignungsnachweise ergeben haben, die unsere Eignung für das konkret angebotene Los in Frage stellen. Insbesondere erkläre ich / erklären wir, dass keine Ausschlussgründe gemäß der §§ 123, 124 GWB vorliegen.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[nur bei Bedarf auszufüllen]

Teil C: Wirtschaftliches Angebot / Wertungsrelevante Angaben

Das wirtschaftlichste Angebot wird unter Bewertung der Angaben unter C.I., C.II. und C.III. (Zuschlagskriterien) ermittelt.

I. Preis

Wertungsrelevant beim Zuschlagskriterium „Preis“ ist nur der **Preis** der Leistung gemäß Teil C.I. dieses Angebotsformulars. Der Preis ist das Produkt aus dem Stundenhonorarsatz in Euro netto pro Beratungsstunde zzgl. Umsatzsteuer und der kalkulierten Anzahl an Stunden für die Erteilung des Einzelauftrags.

Angabe des Preises (Bruttopreis):

Der **Preis** errechnet sich folgendermaßen:

[Bitte die folgende Formel vollständig ausfüllen.]

Stundenhonorarsatz in Euro netto pro Beratungsstunde zzgl. **USt.**

x (mal)

Kalkulierte Anzahl an Stunden für die Erfüllung des Einzelauftrags

Der **Preis** für die abgerufene Leistung beträgt *[wertungsrelevant]* Euro brutto.

II. Personalkonzept: Kompetenz des vorgesehenen Projektverantwortlichen und Organisation des Projektteams

Das Personalkonzept (unter Nennung des Projektverantwortlichen) gemäß Ziffer 6.2 des Verfahrensleitfadens Miniwettbewerb ist als **Anlage 1** beizufügen. Zur Darstellung des Personalkonzepts ist das Formblatt „Angebotsformular Personalkonzept“ zu verwenden.

III. Konkretes Beratungskonzept

Das konkrete Beratungskonzept gemäß Ziffer 6.3 des Verfahrensleitfadens Miniwettbewerb ist als **Anlage 2** beizufügen. Zur Darstellung des Beratungskonzeptes ist das Formblatt „Angebotsformular Beratungskonzept“ zu verwenden.

Teil D: Weitere Pflichtangaben

Hinweis: Im Falle einer Teilnahme als Bietergemeinschaft ist dieses Formblatt, Teil D, zu kopieren und von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft gesondert auszufüllen.

Bitte ausfüllen:

Name des Unternehmens, auf das sich die Angaben in dieser Ausfertigung des Formblatts des Angebotsformulars beziehen.

Zur Tariftreue- und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz -LTMG)

Hinweis: Für den Fall, dass Bieter Nachunternehmer oder Verleihunternehmer beauftragen, sind zwingend auch die entsprechenden Felder im Formblatt auszufüllen.

I.

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht

oder

- mein / unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

[Zutreffendes bitte ankreuzen]

Ich mir / wir uns

- von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmer oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse / lassen wie für alle weiteren Nachunternehmer und Verleihunternehmen der Nachunternehmer und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

oder

- von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmer eine schriftliche Versicherung geben lasse / lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

[Zutreffendes bitte ankreuzen]

- ich mich verpflichte / wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmer und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

II.

**Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom
Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden**

Ich erkläre / Wir erklären,

- dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein / unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir / wir uns von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse / lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass

- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem / unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines / unseres Unternehmens sowie der von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines / unseres Unternehmens und die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein / unser Unternehmen oder die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.
 - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

Teil E: Rechtsverbindliche Erklärungen des Bieters

Ich/wir biete(n) die ausgeschriebene Leistung entsprechend den Vorgaben der Vergabeunterlagen in Form eines verbindlichen Angebots an.

Meinem/unserem Angebot liegen die in dem Verfahrensleitfaden Miniwettbewerb genannten Vergabeunterlagen und die Rahmenvereinbarung vom 1. Dezember 2020 zugrunde.

Ich/wir erkläre(n) hiermit,

- dass ich/wir die Vergabeunterlagen vollständig erhalten haben,
- dass der/die in den Vergabeunterlagen beigefügten Vertrag/Verträge und die Beschreibung der Leistungen vollständig bei Zuschlagserteilung anerkannt werden,
- dass die Verträge mit Zuschlagserteilung zustande kommen und nachträglich lediglich schriftlich zu dokumentieren sind,
- dass mein/unser Angebot ohne Preisabsprache zustande gekommen ist,
- dass ich/wir meinen/unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Sozialabgaben nachgekommen bin/sind und die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfülle(n),
- dass mein/unser Unternehmen nicht nach dem Beschluss der Bundesregierung über den Ausschluss von Bewerbern und Bietern wegen Unzuverlässigkeit von der Teilnahme am Wettbewerb um öffentliche Aufträge des Bundes ausgeschlossen ist. Es ist auch nicht wegen einer entsprechenden Verfehlung in einem Bundesland ausgeschlossen,
- dass über mein/unser Vermögen ein Insolvenzverfahren weder eröffnet, noch die Eröffnung beantragt worden ist,
- dass mein/unser Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet,
- dass ich/wir keine schwere Verfehlung begangen habe/n, die meiner/unsere Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt.
- dass ich mich bis zum an mein Angebot gebunden halte.

Anlage 1 – Angebotsformular Miniwettbewerb

Ich/wir bin/sind damit einverstanden, dass im Falle eines Ausschlusses wegen Unzuverlässigkeit mein/unser Unternehmen und der Ausschlussstatbestand ggf. an das Register für unzuverlässige Unternehmen beim Bundesamt für Wirtschaft gemeldet und bis zur Wiederzulassung, längstens aber sechs Monate, gespeichert wird.

Ich/wir bin/sind auch damit einverstanden, dass das Register ggf. die gespeicherten Informationen anderen deutschen Vergabestellen zur Beurteilung meiner Zuverlässigkeit im Rahmen eines Vergabeverfahrens weitergibt.

Ich/wir gebe/geben das Angebot im Vergabefahren für Beratungsleistungen mit den vorstehenden Erklärungen nach Ziffer A. bis E. sowie mit den beigefügten Anlagen ab.

Mir/uns ist bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe von Erklärungen in Bezug auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit und die Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB zu unserem Ausschluss von der Auftragsvergabe führen kann.

Mir/uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zum Ausschluss meines/unseres Unternehmens vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwaigen erteilten öffentlichen Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grund führen kann.

Die vom Bieter angegebenen personenbezogenen Daten werden im Rahmen dieses Verfahrens verarbeitet und gespeichert.

Ort, Datum

Ort, Datum

Name(n) des/der Erklärenden in Blockschrift mit Angabe der Funktion in dem Unternehmen

Hinweis: Für den Fall, dass die Erklärung nicht vom Unternehmensinhaber oder von einer im Handelsregister als vertretungsberechtigt ausgewiesenen Person geleistet wird, muss ein gesondertes Schreiben beigefügt werden, das die Bevollmächtigung des Erklärenden nachweist. Die Vergabestelle ist berechtigt, bei Fehlen des Nachweises der ordnungsgemäßen Vertretungsberechtigung Angebote ohne weitere Aufklärung oder Androhung zurückzuweisen.

Anlage 1: Personalkonzept

Anlage 2: Beratungskonzept